

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Seite 291

Antrag 617

Betr.: Abschaffung der Zeitumstellung

Antragsteller: Bundesvereinigung Liberale Frauen, Bezirksverband Ems-Jade, Gudrun Kopp (LV Nordrhein-Westfalen), Gesine Meißner (LV Niedersachsen)

Der Bundesparteitag möge beschließen:

- 1 Das System der Zeitumstellung auf Sommer- bzw. Winterzeit zweimal jährlich
- 2 bringt keinerlei Nutzen, stattdessen aber nicht zu unterschätzende, vor allem ge-
- 3 sundheitliche Nachteile für die EU-Bürgerinnen und Bürger. Es muss deshalb eu-
- 4 ropaweit einheitlich abgeschafft werden, wobei gleichzeitig entschieden werden
- 5 muss, ob künftig die Sommer- oder aber die Winterzeit in der Europäischen Uni-
- 6 on permanent gelten soll. Der Bundesvorstand und alle parlamentarischen Gremi-
- 7 en der Freien Demokraten werden sich dafür einsetzen.

Begründung:

Die Einführung der Zeitumstellung im Jahr 1980 wurde in der Europäischen Union unter anderem deswegen vorgenommen, weil man davon ausging, dadurch Energie einsparen und Unfälle an den langen Winterabenden vermeiden zu können. Tatsächlich belegen aber zahlreiche Studien längst, dass keine nennenswerten Energieeinsparungen erzielt werden konnten. Auch die Unfallhäufigkeit ist nicht zurück gegangen; es haben lediglich Verschiebungen in die frühen Sommermorgenstunden stattgefunden. Der eigentliche Zweck der Zeitumstellung wurde also verfehlt. Inzwischen spricht aber vieles gegen die zweimalige Zeitumstellung pro Jahr: viele Menschen – vor allem Kinder und ältere Personen - klagen über erhebliche Gesundheitsprobleme wie Kreislauf-, Schlaf- und Konzentrationsstörungen durch das Vor- oder Zurückstellen der Uhren alle sechs Monate. Laut einer Umfrage der DAK haben 30 % der Deutschen bereits Probleme mit der Zeitumstellung gehabt - 12% sogar in Form von depressiven Verstimmungen. 2014 stieg die Quote der Krankmeldungen in Deutschland nach der Zeitumstellung auf die Sommerzeit um 15% an. Medizinische Gutachten, wie z.B. von der Charité in Berlin erstellt, belegen, dass die gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis zu vier Wochen nach der Zeitumstellung anhalten. Die Änderung von Fahrplänen und Arbeitszeiten führt zu Störungen im Ablauf und bürokratischen Mehrbelastungen. Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) kommt zudem in seinem jüngsten Bericht zu der Schlussfolgerung, dass sich die Rahmenbedingungen seit Einführung der europaweit geltenden Sommerzeit erheblich geändert haben: Strukturwandel im Energiesektor, neue Beschäftigungsmodelle, verändertes Mobilitäts- und Freizeitverhalten. Eine Neubewertung des gesamten Sachverhaltes wird empfohlen. Das Europäische Parlament hat sich mehrheitlich gerade im letzten Jahr wieder gegen die

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Seite 292

Umstellung ausgesprochen. Die europäische Kommission war aber bislang zu keinerlei Korrektur bereit, mit dem Hinweis, dass es bei einer Änderung zu nationalen Alleingängen, damit zu Störungen des Binnenmarktes und hohen wirtschaftlichen Verlusten kommen könnte. Für diese Befürchtungen gibt es aber keinerlei Belege. Es ist höchste Zeit, seitens der Mitgliedstaaten Druck zu machen auf die EU-Kommission, gegen die unsinnige Zeitumstellung tätig zu werden.